

drücklich seine Billigung ausgesprochen und hat dieses Kommuniqué als „nach jeder Richtung hin für Deutschland zufriedenstellend“ bezeichnet. Diese Erklärung, mit der die Regierung Adenauer erneut ihr wahres Gesicht enthüllt, übertrifft noch alle bisherigen Irreführungsversuche, wie sie von dieser Seite laufend unternommen werden. Sie steht im schroffsten Gegensatz zu dem wirklichen Sinn der in London getroffenen Vereinbarungen.

Der wirkliche Sinn dieser Abmachungen läßt sich in vier kurzen, in ihrem Inhalt aber für das deutsche Volk äußerst folgenschweren Punkten zusammenfassen:

1. Das Besatzungsstatut, das dem deutschen Volke widerrechtlich aufgezwungen wurde und der Kolonisierung und Versklavung Westdeutschlands dient, bleibt in Kraft, wird in keiner Weise gemildert und seine Gültigkeit auf unabsehbare Zeit ausgedehnt.
2. Die Höchstgewalt über den Bonner Separatstaat bleibt in den Händen der westlichen Besatzungsmächte, womit der Bevölkerung Westdeutschlands jedwedes Recht auf Selbstbestimmung und staatliche Souveränität verweigert wird.
3. Die westlichen Besatzungsarmeen als völkerrechtswidrige Okkupationstruppen bleiben in Deutschland.
4. Auch der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird brüsk und auf die Dauer abgelehnt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die Londoner Abmachungen vom 14. Mai 1950 dem Wortlaut und dem Geiste des Potsdamer Abkommens wie auch aller anderen Verträge über Deutschland, die von den Alliierten gemeinsam geschlossen worden sind, widersprechen. Sie sind daher völkerrechtswidrig. Das deutsche Volk wird sie niemals anerkennen und hat keinerlei Veranlassung, sich an sie irgendwie gebunden zu

fühlen.

(Beifall)

Die Regierung Adenauer und die Führung solcher Parteien wie der CDU, der SPD oder der sogenannten Freien Demokratischen Partei in Westdeutschland haben im Laufe der letzten Monate systematisch daran gearbeitet, im deutschen Volk den Anschein zu erwecken, als ob der Anschluß an den Europarat und an das Atlantikpaktsystem der Westmächte unter Führung der USA dem deutschen Volke wenigstens die Chance bietet, einen Teil seiner Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit zurückzuerhalten. Die Londoner Abmachungen lassen keinen Zweifel darüber, daß selbst solche schwachen Hoffnungen nunmehr völlig gegenstandslos sind. Wenn zugleich mit der Veröffentlichung des Deutschlandkommuniqués von den imperialistischen Westmächten entschieden wurde, die sogenannte Bonner Bundesrepublik in den Europarat aufzunehmen, so bedeutet dies nichts anderes, als dem Lager des Krieges ein Westdeutschland anzuschließen, dem nur die Rolle eines rechtlosen und gefügigen Werkzeugs der Expansions- und Kriegspolitik des Dollarimperialismus zugeordnet ist.

Zu plump ist das Täuschungsmanöver, der Sowjetunion die Schuld an der Spaltung Deutschlands und den sich daraus ergebenden Folgen zuzuschreiben. Dieses unaufrichtige Manöver dient nur dem Zweck, einen Vorwand für die in den Londoner Abmachungen festgelegten neuen Gewalttaten gegen das deutsche Volk zu finden. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist seit 1945 immer wieder für die Herstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Demokratie und des Friedens eingetreten. Sie unterstützt die Forderung des deutschen Volkes auf Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages.

Die Verantwortung für die Spaltung Deutschlands tragen einzig und allein die Regierungen der imperialistischen Großmächte mit ihren deutschen Helfershelfern, die Deutschland zerrissen haben, weil Westdeutschland das Aufmarschgebiet für den von dieser

Seite systematisch vorbereiteten dritten Weltkrieg abgeben soll. Die lebenswichtigen Interessen und das Nationalgefühl des deutschen Volkes werden durch die Londoner Abmachungen auf das Größlichste verletzt.

Es geht um die Entscheidung, ob das deutsche Volk menschenwürdig, in Freiheit von imperialistischer Unterdrückung und in Frieden leben oder in einem neuen imperialistischen Kriege sterben soll. Die Inspiratoren dieser abenteuerlichen und verbrecherischen Politik rechnen aber nicht mit dem Willen des deutschen Volkes, sein Leben und seine friedliche Existenz zu sichern und Westdeutschland aus den Fesseln einer Versklavungs- und Kolonisierungspolitik zu befreien.

Die neuen Entscheidungen der westlichen Außenminister müssen bei der Wahrung der nationalen Interessen unseres deutschen Volkes alle parteipolitischen und weltanschaulichen Trennungswände unter den Deutschen aus dem Wege räumen. Sie werden auch bei dem letzten ehrlichen, um sein Vaterland besorgten deutschen Menschen zu der Erkenntnis führen, daß nur im Kampf gegen die anglo-amerikanischen Bedrücker und ihre Helfershelfer der Frieden und eine gesicherte Zukunft des deutschen Volkes errungen werden können.

Die Politik der westlichen Besatzungsmächte muß damit beantwortet werden, daß sich alle Deutschen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinen, um für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland und den nachfolgenden Abzug aller Besatzungstruppen zu kämpfen.

Das deutsche Volk hat das Recht und die Pflicht, auf die völkerrechtswidrige und aggressive imperialistische Politik der Westmächte mit dem breit entfalteten nationalen Widerstand zu antworten.

Die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß die Sache der nationalen Unterdrückung eine verlorene Sache ist, die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker aber eine unwiderstehliche Kraft darstellt, der der Sieg in der Zukunft gehört.

(Beifall)

Je brutaler die Methoden sind, mit denen die imperialistischen Westmächte gegen die Bevölkerung Westdeutschlands vorgehen, um so entschiedener Widerstand der Werktätigen und aller demokratischen und patriotischen Kräfte des deutschen Volkes wachsen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft darum das ganze deutsche Volk auf, den Kampf für die Forderungen und Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland allseitig und in ganz Deutschland zu verstärken und siegreich zu Ende zu führen.

(Anhaltender Beifall)

Präsident Dieckmann:

Die Fraktionen haben dem Präsidium den Wunsch ausgesprochen, über diese hochbedeutsame Erklärung der Regierung in eine Aussprache einzutreten. Es liegen folgende Wortmeldungen vor: die Abgeordneten Deter, Dr. König, Rücker, Dr. Liebler, Bürde, Herbert Hoffmann, Ackermann und Beyling. Das ist die Reihenfolge der Redner.

Wir treten in die Aussprache ein. Ich gebe das Wort Herrn Abgeordneten Deter für die Fraktion FDGB/FDJ.

Abg. Deter (FDGB/FDJ u. a.):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion FDGB/FDJ hat mit Freude und Genugtuung die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten über die Herabsetzung der Reparationen durch die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zur Kenntnis genommen. Wir haben ehrlich die Berechtigung der Wiedergutmachungsforderungen der Sowjetunion, anerkannt und sind